

Fürchte die Danaer

Die Drohung des DGB, seine Vertreter aus der Stahlhändler-Vereinigung, aus dem Beirat der Kohlenbergbauleitung, aus den Gremien für den Schumanplan und aus den Ausschüssen bei der Bundesregierung zurückzupfeifen, war verpackt in Floskeln und entbehrte der konkreten Begründung. Erst zwei Tage später kleckerte er mit dem konkreteren Hinweis nach, daß es bei dieser Demonstration um die Durchsetzung zweier Dogmen für die Neuordnung der Montanindustrie geht:

- Der DGB fordert die Einbeziehung der sogenannten C-Gesellschaften in die vom Entflechtungsgedanken der Jalta-Potsdam-Politik beherrschte Neuordnung der Schwerindustrie;
- der DGB will verhindern, daß den Aktionären (Stichwort „Schlotbarone“) der früheren Industriekonzerne ihre alten Aktien in Aktien der neugegründeten „Kerngesellschaften“ umgetauscht werden — auf deutsch, der DGB will verhindern, daß den alten Eigentümern der Schwerindustrie ihr Eigentum erhalten bleibt.

Die jetzt in den Brennpunkt der machtpolitischen Auseinandersetzungen geratenen C-Gesellschaften (30 Prozent der westdeutschen Kohlenförderung) sind eine der fünf Gruppen, in die der beschlagnahmte deutsche Montan-Komplex von der Hohen Kommission nach Gesetz Nr. 27 zur Neuordnung der Ruhrindustrie geteilt wurde.

- Gruppe A umfaßt 13 Unternehmen, die in der Hauptsache die Altkonzerne darstellen (Ver. Stahlwerke, Krupp, Mannesmann, Klöckner, Hoesch, Otto Wolff, Gutehoffnungshütte bis zum Flick-Komplex).
- Gruppe B sind 10 Kohlen-Handels-gesellschaften, beginnend mit dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat in Liquidation.
- Die Gruppe C sind 36 Bergwerks-Unternehmen die keinem Konzern angehören, sondern im Besitz freier Eigentümer waren.
- Die Gruppe D zählt 24 Werke auf, die aus den Altkonzernen ausgegliedert wurden und auf Grund von Werk-nutzungsverträgen betrieben werden, deren Erträge auf Treuhandkosten gutgeschrieben und jetzt zur Kapitalausstattung der neuen Kerngesellschaften verwendet werden.
- Die Gruppe E sind folgende drei Unternehmen: 1. Ilse-Hütte, 2. Thyssen-Bornemica-Komplex, 3. Stinnes-Komplex.

Die Gruppe C setzt sich aus Gesellschaften verschiedenster Größenordnung zusammen. Neben Mammut-Unternehmen rangieren unter dieser Rubrik auch Liliput-Zechen mit knapp 15 000 Tonnen Jahresförderung. Soviel fördern moderne Unternehmen in einer halben Stunde. Da es bei den Betrieben der Gruppe C, die sämtlich konzernfrei sind, nichts zu entflechten gab, verfügten die Alliierten, daß sie sich der Zwangsneuordnung der Konzern-Unternehmen je nach Interessen freiwillig anschließen könnten oder auch nicht. Das mißfiel den Gewerkschaften, die wirtschaftliche Macht nur da dulden wollen, wo sie sich im DGB konzentriert.

Dabei bleibt das Vermögen der C-Gesellschaften auch nach der neuen Verfügung der Alliierten weiterhin beschlagnahmte wie das jeder unter „Neuordnungs“-zwang stehenden A-Gesellschaft. Es unterliegt



Zu einem Fest der Familie

der Hausgemeinschaft, der Nation ist schon jeder einzelne Tag der Vorbereitung der Weltfestspiele geworden“, hämmern Presse, Film und Funk der Sowjetzone in östliche Köpfe. Der gesamte Mitgliederbestand der FDJ (1,7 Millionen Blauhemden, 80 000 junge Pioniere), 100 000 Jugendliche aus Westdeutschland und 30 000 „Friedenskämpfer“ aus 85 Ländern der Welt, sollen am 12. August in Ost-Berlin als „Stalin-Aufgebot für den Frieden“ demonstrieren. Die Fahrkarte nach Berlin und zurück kostet in der ganzen Sowjetzone nur eine DM-Ost. Das dicke Ende kommt später mit der Teilnehmerkarte: 15 DM-Ost. — Zum Schutz gegen Sabotage läßt die Ostzonenbahn vor Teilnehmerzügen einen Sicherheitszug fahren. Noch offene Uebergänge zwischen West- und Ost-Berlin wurden mit Bauschutt verbarrikadiert (Bild). Westberliner protestierten handgreiflich.

der Kontrollverwaltung der Combined Coal Control Group in Krupps ehemaliger Villa Hügel. Die C-Gesellschaften dürfen weder Dividenden noch Zinsen zahlen.

Es fehlt also den Gewerkschaften eigentlich jeder Grund zu ihrer Obstruktion.

Sie beabsichtigen bei der bevorstehenden vermögensrechtlichen Auseinandersetzung mit ihrer Forderung durchzudringen, daß die neugeordneten Gruben und Hütten nicht mehr ausschließlich in privatwirtschaftliche Hände kommen, sondern mit starker gemeinwirtschaftlicher Beteiligung geführt werden. Bei den 36 C-Gesellschaften könnten die Gewerkschaften derartige Ansprüche nicht mehr anmelden.

Daß die vor allem auf Betreiben der Amerikaner durchgesetzte Sonderstellung der konzernfreien C-Gesellschaften einen außenpolitischen Haken hat, wurde von den Gewerkschaftsprotestanten jedoch nicht erkannt. Im Ruhrgebiet zitiert man lakonisch aus der griechischen Sage: „Fürchte die Danaer, auch wenn sie Geschenke bringen“, wenn das Gespräch auf die C-Gesellschaften kommt. Die Hochkommissare würden deshalb die 36 Gesellschaften ihre eigenen Wege gehen lassen, damit die Ruhr in der geforderten Montan-Union nicht mehr als einheitliche Größe in Erscheinung treten und so von den anderen Partnern leichter überspielt werden könne.

Mit einer zweiten Forderung, dem Stop des Umtauschs von Alt- in Neu-Aktien bei der Eisen- und Stahlindustrie „bis zur endgültigen Regelung der Eigentumsfrage“ trifft der DGB viel weniger die sagenhaften Schlotbarone, sondern eher weite Kreise des verarmten Mittelstandes und sogar Tausende von Arbeitern:

In Wirklichkeit besitzen bei den Vereinigten Stahlwerken 60 000 Kleinaktionäre 55 Prozent des Aktienkapitals, bei Mannesmann 40 000 86 Prozent und bei Hoesch 20 000 Kleinaktionäre sogar 90 Prozent des Aktienkapitals. Bei der Ilse-Hütte sind 50 Prozent im Besitz der öffentlichen Hand und 50 Prozent im Kleinbesitz der Arbeiter.

KEMRITZ

Für Russen nicht brauchbar

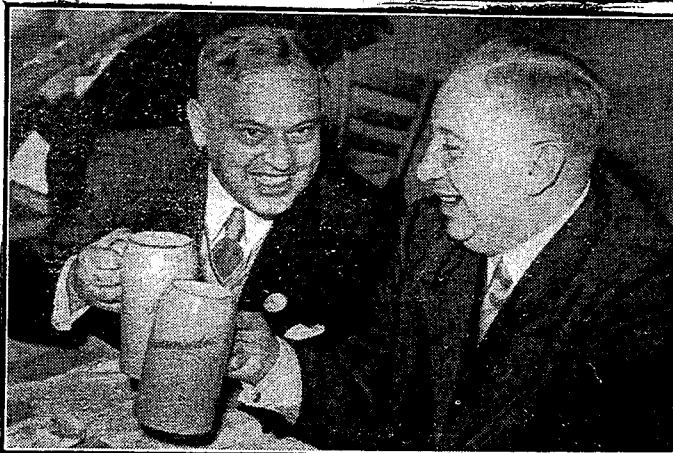
Auf meinem Buckel wird der Machtkampf zweier Weltnationen gegeneinander ausgetragen. Und ich muß den Mund halten.“ Dr. jur. Hans Kemritz sitzt in der Villa, die ihm die Amerikaner im US-Compound (US-Viertel) von München zugewiesen haben und sieht zu, wie sein Name allmählich zum Symbol für einen Mann ohne politischen Charakter geworden ist.

Wenn er dürfte, könnte er seinen Rechtsvertreter Dr. Robert M. W. Kempner in Frankfurt am Main zu Berichtigungen und Protestaktionen animieren. Aber er darf es nicht und die Amerikaner weigern sich, kundzutun, welcher Art sein „Beitrag zur Sicherheit des Westens“ gewesen ist (SPIEGEL 25/51). Amerikanische CIC-Leute in Bonn sind pikiert, wenn man es überhaupt wagt, sie um eine Stellungnahme zum Fall Kemritz anzugehen.

Aus den Äußerungen des Dr. Kemritz, den Mitteilungen seiner nächsten Freunde und Worten, die gelegentlich zuviel gesprochen wurden, ließe sich aber schon ein Bild des Kemritzschen „Sicherheitsbeitrages“ umreißen. Ein Amerikaner, der mit der Sache intensiv befaßt ist, hat bestätigt: Dieses Bild ist richtig. Es sieht so aus:

- Der ehemalige Abwehr-Major Dr. Kemritz, der ja ausdrücklich deswegen von den Amerikanern gedeckt wird, weil er einen „Beitrag für die Sicherheit des Westens“ geleistet habe, stand schon, als er noch in Ost-Berlin wohnte, im Dienste der Amerikaner — nicht der Russen.

- Dr. Kemritz hat allerdings den ehemaligen Abwehrmann und Ufa-Direktor Jürgen von Hake in sowjetische Hände gespielt. Hake wäre mit großer Wahrscheinlichkeit auch von den Amerikanern verhaftet worden. Kemritz wollte



Religion und Freundschaft

ist das Motto des „Cartellverbandes katholischer deutscher Studentenverbindungen“, der aus der „Aenania“ in München hervorging. Die „Aenania“ feierte mit über 1000 Studenten und Altherren ihr hundertjähriges Stiftungsfest. Auch Bundesflüchtlingsminister Lukaschek (o. r.) und Bayerns Justizminister Müller (darunter r.) waren Gäste des Treffens.



durch Hakes Opferung die mißtrauischen Sowjets von seiner östlichen Linientreue überzeugen.

- Bei in der Presse genannten anderen (ca. 20) Personen, die im Anschluß an Besuche bei Kemritz sofort in der Nähe von dessen Büro oder nach längerer Beschattung an anderen Orten von den Russen verhaftet wurden, handelt es sich aber um ehemalige Abwehrleute, die Kemritz als amerikanische Agenten in die Sowjetzone einzuschleusen gedachte. Die Russen brauchten, nachdem sie von dieser Tätigkeit des Dr. Kemritz Kenntnis erlangt hatten, nur die Besucher des Büros Dr. Kemritz zu beschatten bzw. zu verhaften, um die Tätigkeit des abwehrkundigen Dr. Kemritz für die Amerikaner lahmzulegen.

- Würde Dr. Kemritz Erlaubnis erhalten, diesen Sachverhalt zu bekunden und aussagen, wieviel Abwehrleute (etwa 140) er, zunächst von den Russen unbeargwohnt, durchgeschleust hat, so wäre dies für die noch nicht erkannten, also drüber noch aktiven Abwehrfreunde des Dr. Kemritz und damit für den amerikanischen Geheimdienst von großem Schaden.

In der delikaten Behandlung dieses Falles ist freilich ein offensichtlicher Fehler begangen worden. Das US-Rechtsamt hat Interesse und Streuwirkung der Presse zu gering eingeschätzt. Seine durch keine juristische Stütze zu vertretende Einstellung (Verhaftungen waren legal, weil die Verhafteten „unter automatischen Arrest“ gefallen seien), hat die Presse nicht zu einem lakonischen Kemritz-Schlußkommentar veranlaßt, sondern einen weltpolitischen Skandal hervorgerufen. Die Amerikaner sind nämlich in den Verdacht geraten, einen sowjetamtlichen Menschenräuber zu schützen, etwa weil sie einen Mitwisser in irgendeiner ungeraden, anderen Sache am Aussagen verhindern wollen.

Die Entsendung von V-Leuten und Nachrichtenmännern mit dienstlicher Vorbildung in die Reihen eines militärisch und politisch beobachteten Komplexes im Machtkampf der Welt entspricht aber durchaus den — erfolgreicherem — Methoden der Auskundschaftung, die der Konkurrent im Osten selber betreibt. Die Erklärung des US-Rechtsamtes hingegen mißlang so sehr in ihrer Wirkung, daß Kemritz vor der Empörung der deutschen Öffentlichkeit schließlich in ein abgeriegeltes Camp im Oberursel gerettet werden mußte.

Könnte Dr. Kemritz offiziell den Mund auftun, so würde er mit großer Wahrscheinlichkeit anführen:

- Ich habe für die USA deutsche Abwehrspezialisten als Kundschafter in der Sowjetzone eingesetzt. Die Sowjetrussen hätten sich gefreut, solche ausgebildeten Leute, gegen die von russischer Seite doch gar nichts vorlag, in ihre Dienste zu übernehmen, statt sie einzusperrern. Diese V-Männer sind in die Konzentrationslager des Ostens gewandert, weil sie als Westkundschafter für die Russen nicht mehr brauchbar waren.
- In meinem Büro in der Shadowstraße ist tatbestandsmäßig keiner verhaftet worden. Wäre es für die Russen nicht viel einfacher und unverdächtiger gewesen, in meinem Büro statt auf offener Straße zuzugreifen, wenn ich für sie gearbeitet hätte? Und welchen Grund hätten sie überhaupt gehabt, die Leute zu verhaften?

Würde dies alles US-amtlich publik gemacht, so wären die Amerikaner zwar des Verdachts enthoben, mit einem „sentimentalen Verbrechen“ einen sowjetischen Menschenräuber geschützt zu haben. Aber die Sicherheit ihrer noch arbeitenden Ost-Agenten war ihnen diesen Verdacht bisher wert.

KAPITALMARKT

Geld ohne Notenpresse

Kurz bevor Kanzler Adenauer seine Ferienwanderungen auf dem Bürgerstock am Vierwaldstätter-See begann, ist er in Bonn noch einmal den währungspolitischen Gedankengängen nachspaziert, auf die ihn zuletzt Amerikas scheidender Marshallplan-Verwalter Cattier (SPIEGEL 28/51) gewiesen hatte.

Konrad Adenauer wollte die Chefs der Bank deutscher Länder bewegen, die Notenpresse da in Gang zu setzen, wo die Bonner Volksvertreter wenige Tage vorher ihre Arbeit unterbrochen hatten, um ebenfalls in die Ferien zu fahren: bei der großen Aufbau-Hilfe der westdeutschen Wirtschaft für die notleidenden Grundindustrien Kohle, Stahl und Energie.



Könnte er den Mund auftun
Dr. jur. Hans Kemritz

Der Bundestag hatte das seit langem entworfene Investitionsgesetz nicht mehr verabschiedet. Die Bank deutscher Länder sollte nun die aus diesem noch nicht existierenden Gesetz zu erwartenden Gelder bevorschussen.

Aber der Zentralbankrat blieb kühl. Die Luftveränderung im Sitzungszimmer des Bonner Wirtschaftsausschusses während der letzten Vorferien-Beratungen war zu gründlich gewesen, als daß die BdL Vorleistungen auf ein Gesetz gewähren konnte, von dem niemand mehr weiß, ob es in der geplanten, globalen Form überhaupt noch zustande kommt.

„Freiwillige Selbsthilfe mit Gesetzesuntermauerung“ hatte die deutsche Wirtschaft im April ihre gute Absicht genannt, aus ihren Kassen innerhalb eines Jahres die Milliarde DM herauszuquetschen, mit der die Grundindustrien, Kohle, Stahl und Energie, eigene Produktionsengpässe aufbrechen sollten. Dadurch wären die geldstiftenden verarbeitenden Industrien ihrerseits in die Lage versetzt, ihre inzwischen weit über den Vorkriegsstand aufgeweiteten Produktionsmöglichkeiten voll auszunutzen.

Aber Juli ist nicht mehr April, und Waffenstillstandsverhandlungen in Kaesong

sind kein Korea-Boom. Um Franz Etzel, CDU-Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses im Bundestag, zischten bei den letzten Debatten über das Investitionsgesetz die Querschüsse seiner Abgeordneten-Kollegen aus den Koalitionsparteien, vor allem der FDP. Die Gesetzesverhinderer stützten sich zunächst auf formale Gründe:

„Niemand — auch der Kanzler nicht — kann das Parlament zwingen, in wenigen Tagen eine so wichtige Materie, bei der es um eine Milliarde geht, durchzupeitschen.“ Zu solcher Hast war es gekommen, obwohl die freiwillige Selbsthilfe schon seit April diskutiert wird.

FDP-Hospitant Richard Freudenberg ließ außer den formalen auch ein paar Zipfel der sachlichen Gründe für die plötzliche Aufkündigung einstiger Umlagefreudigkeit der westdeutschen Wirtschaft durchblicken. Er will die Globalhilfe für die Grundindustrien auseinanderkitteln. In zu vielen Firmen der konsumnahen Industrie und des Handels drohe bereits Illiquidität. Sie möchten gern Kredite nehmen, aber keine Anleihen geben. Nach Freudenberg müßte geholfen werden:

- dem Bergbau durch eine Erhöhung bzw. Freilassung des Kohlenpreises,
- der Energie analog durch die Heraufsetzung des Strompreises,
- der eisenverarbeitenden Industrie mit einer Investitionshilfe, die alle Blechbezieher, vor allem die kapitalstarken Autofirmen, aufzubringen hätten,
- den Grundindustrien insgesamt durch die Erlaubnis, 20 Prozent ihrer unversteuerten Gewinne in neuen Produktionsmitteln anzulegen.

Diese Freudenbergsche Windsaat hat bisher nur deshalb noch keinen Sturm geerntet, weil sie in den letzten Arbeitstagen des Parlaments keine rechte Diskussion mehr aufwirbeln konnte. Der Zentralbankrat hat immerhin eingewilligt, der Kreditanstalt für Wiederaufbau 100 Millionen DM auf ihre sicheren Zinseinnahmen vorzuschießen. Das reicht aus, damit die bereits anfinanzierten Investitionen der Grundindustrien während der Sommerferien des Parlaments nicht verhungern.

Der Verzicht der Bonner Abgeordneten auf die befreiende Tat noch vor den Ferien wird demnach keine ernsten Rückschläge bewirken. Die Umstände aber, unter denen das Gesetz zurückgestellt wurde, haben wieder einmal den schwelenden Brand im Bonner Koalitionsgebälk offengelegt.

Die geplante globale Investitionshilfe setzt eine Lenkungsbürokratie voraus, die über den Einsatz der aufgebrachten Gelder wacht und von den gestützten Werken Rechenschaft über die sinnvolle Anlage der Investitionsgelder fordern kann. Auch die geldgebende Wirtschaft, die für die von ihr aufgebrachten Beträge Schuldverschreibungen der Grundindustrie bekommen soll, hat sich schon bereit gemacht, zur größeren Sicherheit eine eigene Kontrollmaschine zu konstruieren. In allem offenbart sich für die Bonner freien Marktwirtschaftler ein Trend zu Planung und Lenkung, der ihren prinzipiellen Nah- und Fernzielen zuwiderläuft.

Sie zückten bei sämtlichen kleinen und großen Wirtschaftsmalheurs der letzten Zeit stets den entscheidenden Hinweis: Der glückbringende Marktmechanismus funktioniert noch nicht vollkommen, weil in ihn zwei entscheidend wichtige Bereiche nicht sinnvoll eingebaut seien — Grundindustrien und Kapitalmarkt*).

* Geld wird zu Kapital durch langfristige Anlage (in Obligationen, Pfandbriefen etc. und Aktien). Der Geldmarkt bedient Wünsche nach kurzfristigen Anleihen; der Kapitalmarkt solche nach langfristigen Geldanlagen.